

1991-2011: Die Ukraine wird 20

24.08.2011

Wie hat sich die Nation in den letzten 20 Jahren entwickelt? Welche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hat die Ukraine seit 1991 durchlaufen? Ist die Orange Revolution tatsächlich gescheitert? Wie hat sich das kollektive Gedächtnis in den letzten 20 Jahren verändert? Ist eine nationale Identität entstanden?

“Zwischen Unabhängigkeit und Freiheit besteht ein feiner Unterschied” – Rupert Schützbach

Als im Februar 2010 der Verlierer der Orangen Revolution, Wiktor Janukowytsch, zum Präsidenten gewählt wurde und somit den orangen Helden Wiktor Juschtschenko ablöste, titelte der Spiegel schon im Vorfeld „Comeback des Wahlfälschers“. Gegen die orange Heldin Julija Tymoschenko begann im Juni dieses Jahres ein Prozess. Ihr werden Amtsmissbrauch und die zweckfremde Umschichtung von Geldern vorgeworfen. Die drei Namen Juschtschenko, Tymoschenko und Janukowytsch standen in der ukrainischen Politik seit der Orangen Revolution an prominenter Stelle für Hoffnung und Enttäuschung. Sie mischten allerdings schon in den 1990er Jahren im politischen Tagesgeschäft mit und verkörpern ein Grundproblem ukrainischer Politik: das Karussell der immer gleichen Akteure und Handlungsweisen.

Tschernobyl, die Klitschko-Brüder, der Sieg Ruslanas beim Eurovision Song Contest, die Orange Revolution, der Gasstreit mit Russland – die Ukraine rückt selten in den Fokus des Medieninteresses. Was wissen wir Deutschen über diese wenigen Schlagworte hinaus von der Nation, die im kommenden Jahr zusammen mit Polen die Fußball-Europameisterschaft ausrichten wird und die am 24. August 2011 ihre Unabhängigkeit feiert?

Wie hat sich die Nation in den letzten 20 Jahren entwickelt? Welche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hat die Ukraine seit 1991 durchlaufen? Ist die Orange Revolution tatsächlich gescheitert? Wie hat sich das kollektive Gedächtnis in den letzten 20 Jahren verändert? Ist eine nationale Identität entstanden?

Die Anatomie der Übergangsgesellschaft wird in der folgenden Chronik sichtbar.

Die Sowjetunion zerbricht

Geplant war ein Unionsvertrag zwischen unabhängigen, ehemaligen Sowjet-Republiken. Doch der Putsch konservativer Kräfte gegen Gorbatschow und seine Perestroika verhinderte eine solche von einem gemeinsamen Präsidenten geführte Föderation und beschleunigte die Auflösung der Sowjetunion.

Die Ukraine erklärte ihre Unabhängigkeit am 24. August 1991. Der damalige politische Berater Bohdan Hawrylyschyn erzählt: „Ich erinnere mich an einen sehr interessanten Moment (...) Ich saß zusammen mit sieben Abgeordneten am runden Tisch im Empfangsraum des Parlamentsvorsitzenden. Auf der Agenda war nur ein Punkt: Wie sollte das Land, das sie für unabhängig erklären wollten, heißen? „Die demokratische Republik der Ukraine“, antwortete einer. „Es gab so viele solcher Republiken, aber sie waren nicht sehr demokratisch“, entgegnete ein anderer. „Dann ‚Die ukrainische Republik‘“. Der Dichter und Politiker Dmytro Pawlytschko reagiert sofort: „Warum nicht einfach Ukraine?“ Wir mussten nicht wählen, alle Gesichter strahlten vor Zufriedenheit. In weniger als einer Minute entschieden wir über den Namen unseres Landes (...).“

Der bisherige Parteisekretär für Ideologie, Leonid Krawtschuk, unterstellte sich die in der Ukraine verbliebene Sowjetarmee inklusive Schwarzmeerflotte und Atomwaffen. Ein unerhörter Vorgang. Doch Moskau war zu sehr mit den eigenen Machtkämpfen beschäftigt und setzte darauf, die Ukraine sich selbst zu überlassen, ein Land, dem es die ökonomische Selbständigkeit nicht zutraute und ein historisch bedingter ethnisch-kultureller Flickenteppich, der sich bald in einem „jugoslawischen Szenario“ auflösen würde.

Mit der Ukraine verlor Russland außer wichtigen Teilen der Armee seinen "Brotkorb", Rohstoffe und eine veraltete, aber bedeutende Industrie. Die Ukraine hoffte mit diesen ökonomischen Voraussetzungen als souveräne Nation schnell zu Wohlstand und Demokratie zu kommen. Um der Hyperinflation aus Moskau zu entgehen, wurde eine eigene Währung eingeführt, doch die wirtschaftliche Abhängigkeit vom russischen Exportmarkt und vom russischen Gas blieb. Personal und Institutionen der Sowjetzeit konnten nicht sofort durch eigene ersetzt werden. So behielt Moskau teilweise Recht: Eine wirtschaftliche Talfahrt begann, die fast zehn Jahre andauern sollte. Doch die vielfach in den Medien angekündigte Spaltung, blutiger Bürgerkrieg oder Despotie wie in einigen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken blieben aus.

Der erste Präsident

Am 1. Dezember 1991 wählten die Ukrainer Leonid Krawtschuk zu ihrem ersten Präsidenten und bestätigten mit einer überwältigenden Mehrheit den Willen zur Unabhängigkeit. In Ermangelung eigener oder gar rechtsstaatlich-demokratischer Strukturen rekrutierte sich die neue Politriege aus der Sowjetelite. Institutionen und Verfahren bekamen zur Abgrenzung von Moskau und zum Zwecke einer Anerkennung durch das Ausland einen formal demokratischen Anstrich. Zwar wurde die freie Marktwirtschaft deklariert, doch private Geschäfte und freie Preise waren erst Jahre später zugelassen. Übernahmen von Staats- in Privateigentum verliefen dubios und dienten der Bereicherung von Nomenklatur bzw. von entstehenden Clans und Oligarchen. „Auf die wirre Totalplanung sowjetischen Typs, die auch den Konzernherren missfiel, folgte eine noch absurdere Art des Wirtschaftens: weder Plan noch Markt – das Gesetz des Dschungels“, schrieb der Spiegel im Juni 1994.

Die Folge waren Staatsverschuldung, Schattenwirtschaft, Arbeitslosigkeit vor allem im industrialisierten Osten, Hyperinflation, Rückkehr zur Selbstversorgung von der Datscha, weil die Lebensmittelversorgung katastrophal und die Löhne niedrig waren, eine rapide sinkende Lebenserwartung. Im Machtvakuum, das die Kommunistische Partei hinterlassen hatte, war die Gewaltenteilung unklar, die Justiz orientierungslos. Im Parlament hielten die Kommunisten weiterhin eine Mehrheit, während die nationalistische Opposition zerstritten war. Krawtschuk ließ die Presse zensieren und befand sich mit dem Parlament in einem Machtkampf. Hawrylyschyn ergänzt: „Die Euphorie von 1988-1992 wurde durch Pessimismus, Vertrauensverlust für die Regierung und Zweifel an den Vorteilen der Unabhängigkeit ersetzt.“

Und dennoch verdankt die Ukraine ihrem ersten Präsidenten viel. Krawtschuk war es gelungen, trotz diverser Konfliktthemen wie Schwarzmeerflotte, Gas-Lieferungen oder russische Minderheit die Unabhängigkeit von Russland zu bewahren, alte Feindbilder zu überwinden, um gute Beziehungen zu den westlichen Nachbarn aufzubauen und durch Toleranz gegen Minderheiten und regionale Befindlichkeiten, innerukrainische Konflikte zu entschärfen.

Exkurs Gasstreit

Etwa ein Viertel des in der EU verbrauchten Gases fließt aus Russland durch ukrainische Pipelines. Russland ist daher bislang auf den Transit durch die Ukraine angewiesen, die energieintensive ukrainische Industrie arbeitet wiederum mit billigem, russischem Gas. Liefermonopol und Transitmonopol stellen die beiden Länder in eine gegenseitige Abhängigkeit.

Schon 1991 forderte Russland eine schrittweise Anhebung des aus Sowjetzeiten ererbten Gaspreises und eine Beteiligung an der ukrainischen Gasindustrie. Es ergab sich eine Verkettung, aus der bis heute kein endgültiger Ausweg gefunden wurde: Die Ukraine verschuldet sich bei Russland, da es die steigenden Preise nicht zahlen kann, Russland wirft der Ukraine illegale Entnahmen vor und stoppt die Gaslieferungen. Zu einer Energiekrise in der Ukraine kam es daher im Winter 1993/94, 2005/06 und 2009. Man einigte sich jeweils darauf, die Schulden mit den Pachtgebühren für die Basis der Schwarzmeerflotte zu verrechnen, Gasimporte und deren Preiserhöhungen durch Transitgebühren zu finanzieren, Zwischenhändler auszuschließen und die Preise der europäischen Formel anzupassen. Beobachter gehen davon aus, dass eine weitere Verschuldung und zwischenstaatliche Spannungen zu erwarten sind. Russland fördert den Bau von Pipelines, die das Gas in Zukunft durch andere Länder führen wird.

Wahl 1994

Regionale Befindlichkeiten entschieden die Präsidentschaftswahl von 1994: Während die Westukraine unbedingt an der Unabhängigkeit festhielt, wuchs bei der großen russischen Minderheit im Osten angesichts des hohen Grads an Industrialisierung und der damit einhergehenden besonders hohen Arbeitslosigkeit der Wunsch nach einer Annäherung an Russland, vom gemeinsamen Wirtschaftsraum bis hin zum Verzicht auf den eigenen Staat. Mit Versprechen von marktwirtschaftlich ausgerichteten Staatsbetrieben oder privatisierter Landwirtschaft gewann der ehemalige Direktor einer Raketenfabrik, Leonid Kutschma, die Wahl, vor allem mit Unterstützung der Industriellen, Arbeitslosen und Sowjetnostalgiker aus dem Osten und Süden. Die Medien sagten für die kommende Amtsperiode eine Zerreißprobe zwischen den Regionen voraus, bis hin zu einer Sezession der Westukraine und fragten, ob die Nation Kutschmas Präsidentschaft als unabhängiger Staat überleben werde.

Die Ära Kutschma

Während zwischen Krawtschuk und seinem Parlament ein Patt bestand, das zum Stillstand geführt hatte, gelang es Kutschma, durch das Ausspielen verschiedener Oligarchen gegeneinander, in Konfrontationen mit der Rada und mit ständig wechselnden Parlamentsmehrheiten, die Präsidentenposition zu stärken. Seine Präsidentschaft nahm vor allem in der zweiten Amtsperiode autoritäre Züge an: Bestechung, bürokratische Willkür, Korruption und Pressezensur fügten sich zu dem, was Keith Darden unter „Blackmail state“ definiert. Doch hatte diese Amtsführung zu Beginn auch den Effekt einer Konsolidierung.

Die versprochenen Reformen nahm der Präsident nicht in Angriff. Ausländische Investoren und Kredite blieben daher aus. Kutschma selbst und die von ihm bevorzugten Oligarchen bedienten sich an den gewinnstärksten Betrieben. Die wirtschaftliche Talfahrt ging weiter. Ein Erfolg gelang lediglich Nationalbankchef Wiktor Juschtschenko mit der deutlichen Senkung der Inflation und der Einführung des Hrywnja im September 1996. Die generelle Situation der Bürger besserte sich nicht. So gewannen bei den Parlamentswahlen im März 1998 erneut die Kommunisten.

Kutschma präsentierte sich daraufhin als einzige Alternative zu einer kommunistischen Renaissance und zu einer zerstrittenen Opposition und wurde im November 1999 als Präsident wieder gewählt. Um seinen Reformwillen zu demonstrieren, setzte Kutschma Juschtschenko als Premierminister und Tymoschenko als Vizepremier ein, doch schnell empfand er deren Erfolg als Bedrohung und entledigte sich Tymoschenkos mit dem Vorwurf der Steuerhinterziehung, Juschtschenkos mit einem Misstrauensvotum.

Gleichzeitig rüttelten zwei Morde die Gesellschaft auf. Eine Journalistin, mit der Tymoschenko über die korrupte Aneignung von ehemaligem Staatseigentum durch Oligarchen sprach, wobei sie eine Beteiligung Kutschmas andeutete, wurde erstochen, das Interview nie veröffentlicht. Im Skandal um den am 16. September 2000 enthaupteten Journalisten Georgij Gongadse legten Tonbandaufnahmen die Verwicklung Kutschmas nahe. Ermittlungen gegen den ehemaligen Präsidenten begannen erst im März 2011, doch führte der Skandal zur Vereinigung der Opposition in der so genannten Aktion „Ukraine ohne Kutschma“ und zu ersten Demonstrationen in Kiew. Das erste wirtschaftliche Wachstum des unabhängigen Staats um die Jahrtausendwende spürte die Bevölkerung noch nicht. Die Parteien von Juschtschenko („Nascha Ukrajina“) und Tymoschenko („BjuT“) gingen aus den Parlamentswahlen von 2001 als Gewinner hervor. Mehrere Misstrauensvoten der Rada gegen Kutschma im gleichen Jahr scheiterten. Doch Kutschma hatte nun auch im Osten und Süden das Vertrauen der Bevölkerung verloren, selbst Moskau distanzierte sich von ihm. Vergeblich hatte er versucht, mit einer Verfassungsänderung mehr als zwei Amtsperioden zu legitimieren, seine Amtszeit endete 2004.

Die Orange Revolution

Das Szenario der Orangen Revolution hatten weder Journalisten noch Wissenschaftler vorhergesehen. Trotz dem Dioxinanschlag auf den Oppositionskandidaten und offensichtlicher Wahlfälschungen erwarteten die internationalen Beobachter einen Wahlsieg des von Kutschma unterstützten Kandidaten Wiktor Janukowytsch. Sie alle hatten die Reife der ukrainischen Zivilgesellschaft, die Aktivität der Opposition und die spontane Mobilisierung zahlreicher Ukrainer unterschätzt. Im Gegensatz zu den Protesten von 1990/91 demonstrierten nun nicht mehr nur

Studenten und Künstler, sondern eine breite Bevölkerung: Kleinere und mittlere Unternehmer, die unter der bürokratischen Willkür litten, Bürger, die durch Internet, Auslandsreisen und eine postsowjetische Schulbildung demokratisch geschult waren und sogar die Oligarchen. Für letztere war eine Annäherung an die EU mittlerweile wirtschaftlich interessant geworden. Sie alle gingen für Demokratie und Reformen auf die Straße, für Bürgerrechte und Ehrlichkeit, die Juschtschenko versprach. Hawrylyschyn stellt fest: „Die Ukraine wurde zum Epizentrum der weltweiten Aufmerksamkeit.“

Nachdem also am 22. November 2004 der Wahlsieg Janukowytschs bekannt gegeben wurde und Putin eilig gratuliert hatte, demonstrierten die Massen auf dem zentralen Unabhängigkeits-Platz in Kiew, dem Majdan Nezalezhnosti, gewaltlos. Hawrylyschyn fragt sich, warum Kutschma dagegen nicht mit der Armee vorging: „War es sein Gewissen oder Warnungen des Westens, die Armee nicht einzusetzen, oder beides? Nur Kutschma weiß es.“ Unerwartet und eindeutig erklärte das Oberste Gericht die Wahl für ungültig und ordnete eine Wiederholung am 26. Dezember an, die Wiktor Juschtschenko zum Präsidenten machte.

Exkurs Ukraine und EU

Mit der Orangen Revolution stellte sich ein klares Bekenntnis einer Bevölkerungsmehrheit für einen EU-Beitritt ein. Auch die Oligarchen bekannten sich in dieser Phase zur EU und zu Reformen. Von Kutschma gegeneinander ausgespielt und am Ende der Phase aggressiver Vermögensakkumulation sahen sie im EU-Markt eine neue Perspektive. Schon 1998 war ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen EU und Ukraine in Kraft getreten. Seit 2004 wurde dies von den Aktionsplänen der ENP (Europäischen Nachbarschaftspolitik) abgelöst. Während die erweiterungsmüde EU dem sehr großen Land mit seinen Grenzen zu Russland keine Aussichten auf eine engere Einbindung eröffnen will, sind die Ukrainer enttäuscht. Der Autor und Journalist Mykola Rjabtschuk drückt die Frustration über die ENP aus, die „die Ukraine automatisch von einem legitimen Teil Europas in einen „Nachbarn“ verwandelt, sie also aus Europa ausschließt.“ Der Handel mit der EU wächst, seit 2007-2008 wurde der Weg geebnet für die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens.

Die Ära Juschtschenko

Erwartet wurden von den orangen Revolutionären Demokratie, Transparenz, Wandel und Reformen. Aber auch unter Juschtschenko setzte sich das persönlich motivierte Machtgerangel fort und verhinderte grundlegende Reformbemühungen.

Hawrylyschyn nennt die Jahre 2005-2008 „Jahre der Desillusion und des politischen Chaos.“ Unter Juschtschenkos Präsidentschaft wechselten sich Tymoschenko und Janukowytsch als Premierminister und Oppositionsführer ab. Orange und orange-blaue Koalitionen, bei denen Tymoschenko und Janukowytsch zusammen an Juschtschenkos Stuhl sägen, wurden abgelöst von Parlamentsauflösungen und Neuwahlen. Die ständig wechselnden Bündnisse hatten nicht das Gemeinwohl zum Ziel, sie verhinderten dauerhafte Koalitionen oder Kompromisse. Statt mit Fairplay und innerparteilicher Demokratie funktionierte die Politik außerhalb der formalen Strukturen. Die Verflechtung der Politik mit den Oligarchen bestand weiter, die Korruption wurde sogar größer als vor 2004. Reformen waren in einer solchen Situation nicht umzusetzen. Da sie in die orange Regierung viele Erwartungen gesetzt hatte, enttäuschten Instabilität und Chaos die Bevölkerung umso mehr. Hinzu kam in den Jahren 2008/2009 die Wirtschaftskrise.

Ist die Orange Revolution also gescheitert?

Meistens wird diese Frage mit Ja beantwortet, weil sich das orange Lager schon bald nach seinem Entstehen spaltete und mit Janukowytsch die Gegner von 2004 an die Macht gelangten. Die Frage kann aber differenzierter beantwortet werden, denn aller Enttäuschung und allem Chaos zum Trotz wurde mit der Zäsur von 2004 auch vieles erreicht: Freie und demokratische Wahlen, eine stabilisierte Parteienlandschaft, weniger Wechselwähler, Pluralismus und freie Medien. In Summe die Abschaffung der ererbten autoritären Züge. Vor allem aber hat sich die Gesellschaft verändert: Regionalismen haben weniger Gewicht. Das Land ist zusammen gewachsen und hat bewiesen, dass es eine reife Zivilgesellschaft besitzt.

Bei der Bevölkerung wie bei internationalen Beobachtern überwiegen dennoch Frustration und

Politikverdrossenheit angesichts der instabilen Demokratie und des Reformstillstands. Aus dieser Situation heraus unterlagen die Orangen in der Wahl von 2010.

Janukowytsch kehrt als Präsident zurück

Während der Orangen Revolution als Krimineller und Wahlbetrüger abgestempelt, schien Wiktor Janukowytsch für künftige Politik untragbar. Doch einem Drittel der Wähler schien er Anfang 2010 das kleinere Übel zu sein. Am 25. Februar 2010 wurde er als vierter Präsident der Ukraine in sein Amt eingeführt.

Da er nur wenige Prozentpunkte vor Julija Tymoschenko lag, kam ihm ein Entscheid des Verfassungsgerichts sehr gelegen, mit dem die Rückkehr zur Präsidentialverfassung von 1996 beschlossen wurde. Demnach kann der Präsident Minister und Premierminister ohne Zustimmung des Parlaments ernennen und entlassen. Gleichzeitig erlaubte eine Gesetzesänderung die Bildung einer Parlamentsmehrheit durch Abgeordnete statt Fraktionen. So konnte Janukowytsch durch ein Misstrauensvotum den Rücktritt der Regierung Tymoschenko erzwingen sowie Schlüsselpositionen an die eigenen Anhänger verteilen. Er vereinigt heute mehr Macht auf das Präsidentenamt als selbst Kutschma, Alexander J. Motyl titelte daher „Das ukrainische Sultanat“. Innenpolitische Reformen sind aufgeschoben. Den von Janukowytsch privilegierten Oligarchen gehören wichtige Medien, die einseitig berichten. Eine freiwillige Zensur. Gerichtsverfahren und Einschüchterung behindern die übrige Presse und die zersplitterte Opposition. Schon wenige Monate nach Amtsantritt des neuen Präsidenten war das Musterbeispiel an Medienfreiheit und Pluralismus zerstört.

Die unter Juschtschenko forcierte „Ukrainisierung“ nimmt Janukowytsch zurück: Filme müssen nicht mehr untertitelt oder synchronisiert werden. Examen müssen nicht mehr auf ukrainisch abgelegt werden. Die Ernennung Dmytro Tabatschnyks zum Bildungsminister sorgte vom ersten Tag an für Empörung, denn er gilt als ukrainophob mit seinem Einsatz für die russische Sprache und für eine Revision ukrainischer Geschichtsbücher ein. Juschtschenko hatte Institutionen geschaffen, die zur Vergangenheitsbewältigung beitragen sollten. Er ließ den Holodomor, den Hungertod von Millionen Sowjetukrainern in Folge von Stalins Kollektivierung zu Beginn der 1930er Jahre, zum Genozid erklären; Janukowytsch verhinderte dessen Anerkennung beim Europarat. Während Juschtschenko Stepan Bandera zum „Helden der Ukraine“ erklärte, ließ Janukowytsch zu, dass im Mai 2010 ein Stalin-Denkmal enthüllt wurde. Diese Beispiele bezeichnen den Stimmungswechsel im Land.

Der Kurswechsel manifestiert sich auch in der Außenpolitik. Gab sich Janukowytsch im Wahlkampf noch gleichermaßen pro-russisch wie pro-europäisch, begünstigen seine Taten Russland: eine Verlängerung der Nutzung Schwarzmeerflottenbasis bis 2042, wirtschaftliche Kooperationen in Luftfahrt und Atomenergie. Den Nato-Beitritt strebt Janukowytsch nicht mehr an. Seine erste Reise als Präsident führte ihn nach Brüssel, doch geht es ihm hinsichtlich der EU um kurzfristig erreichbare Ziele, wie er sie mit der Freihandelszone bereits zu erreichen hofft. Dahinter steht ein wirtschaftliches Interesse der Oligarchen. Sie, die Unternehmer und potentielle Investoren, schätzen die Konsolidierung, die Janukowytschs autoritärer Stil mit sich bringt. Die Stabilität dient dem Präsidenten wiederum als Rechtfertigung gegenüber dem Vorwurf, er verkaufe mit seinem pro-russischen Kurs nationale Interessen. Somit birgt die Situation innenpolitische Sprengkraft und ist nur scheinbar stabil.

Nach nur einem guten Jahr seiner Amtszeit hat Janukowytsch die Rückkehr zu autoritären Praktiken geschafft und Errungenschaften der Orangen Revolution zunichte gemacht.

Aussichten

Rjabtschuk erklärt auf die Frage, warum ein Staat mit 50 Mio. (mittlerweile nur noch 45 Mio.) Bürgern im Bewusstsein der Europäer nicht präsent ist, mit der Jahrhunderte andauernden Staatenlosigkeit und mit der russisch-sowjetischen Deutung der Ukraine als Teil des eigenen Reichs. Umso konsequenter konstruieren die Ukrainer ihre neue Identität aus Versatzstücken historischer Perioden, in denen sie nicht von Russland dominiert wurden. In neuerer Zeit stiften auch Erfolge im Fußball Identität. Doch auch zum diesjährigen Jubiläum der Unabhängigkeit wird der Westen der Ukraine wohl kaum mehr Aufmerksamkeit schenken als üblich.

Dabei hat die junge Nation bei allem Optimismus und Pessimismus, Progress und Regress, Oranger Revolution und Blauer Restauration einiges erreicht: Die Unabhängigkeit ist gefestigt, die Zivilgesellschaft gereift, die Regionen sind zusammengewachsen. Auch Hawrylyschyn betont die Fortschritte: „Die Orange Revolution enthielt

viele demokratische Schlüsselemente. Es gibt jetzt freie und ehrliche Wahlen, Redefreiheit, freie Presse und die Erinnerung der Bevölkerung, dass eine mobilisierte Bevölkerung ihren Willen manifestieren kann und ihn sogar den politischen Führern auferlegen. Es gibt jetzt eine bessere Akzeptanz von Privateigentum, etwas verbesserte Rechte für Frauen und den Glauben, vor allem unter der jüngeren Generation, dass sie durch harte Arbeit ihr Schicksal beeinflussen kann.“ Er glaubt, dass sich die Ukraine in den nächsten 20 Jahren durch den Generationenwechsel quasi automatisch zu einem „normalen“, demokratischen Staat entwickeln wird. Auch Rjabtschuk beschreibt die Entstehung einer nationalen Identität: „Zudem hatten sich die Ukrainer daran gewöhnt, in einem Staat zu leben, der de facto bilingual und biethnisch und auch in anderer Hinsicht vielfach geteilt war, gleichzeitig aber geeint durch die gemeinsame Außengrenze (...) und offizielle Symbole (...) Waren die Symbole 1991 noch fast ausschließlich als ethnonational empfunden worden, verwandelten sie sich mit der Zeit langsam in staatsnationale Symbole.“ Die Transformation ist noch nicht abgeschlossen, der Ausgang offen.

Die ukrainische Kultur steht durch die Übersetzungen Juri Andruchowytsch, Serhij Schadan oder Ljubko Deresch in Deutschland immerhin auf einem Bein. Ein zweites Bein könnte die Fußball-EM 2012 schaffen, von der gemäß einer repräsentativen Umfrage der Gruppe Rating vom Oktober 2010 62 Prozent der ukrainischen Bevölkerung glaubt, dass sie erfolgreich durchgeführt wird. Bleibt zu hoffen, dass ein „ukrainisches Sommermärchen“ eintritt und es neben einer modernisierten Infrastruktur vor allem einen Schub für das nationale Bewusstsein und für das Image der Ukraine im Ausland bedeutet.

Jutta Lindekugel

Die Autorin ist seit ihrer Promotion am Greifswalder Lehrstuhl für Ukrainistik im Jahr 2002 freiberuflich als Autorin und Redakteurin wissenschaftlicher und publizistischer Artikel sowie als Übersetzerin tätig. Sie gehört zum kürzlich gegründeten Verein translit e.V., der sich um Kulturvermittlung zwischen der Ukraine und Deutschland bemüht.

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.